

## **Teil A Bewerbungsbedingungen (eVergabe) – Los Dreieich**

### **Inhaltsverzeichnis**

Vorbemerkungen .....	2
A.1 Angebotsabgabe, Ansprechpartner, Fristen.....	3
A.2 Einzelbieter, Bietergemeinschaften und Subunternehmer.....	5
A.3 Darlegung der Bietereignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen.....	6
A.3.1 Eignungskriterien.....	6
A.3.2 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.....	7
A.4 Aufteilung der Leistung .....	8
A.5 Aufbau, Form und Inhalt des Angebotes .....	9
A.6 Ortsbegehung, Pläne .....	12
A.7 Bieterfragen .....	13
A.8 Prüfung der Angebote und Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes.....	14
A.9 Zuschlagserteilung/ Vertragsabschluss .....	16
A.10 Schutzrechte .....	16
A.11 Kenntlichmachung der Fabrikations-, Betriebs-, Geschäftsgeheimnisse in den Angebotsunterlagen .....	16

## Vorbemerkungen

Die Vergabeunterlagen werden sowohl zum Zwecke der Abgabe eines schriftlichen Angebotes als auch zum Zwecke der Abgabe eines elektronischen Angebotes auf der eVergabe-Plattform der Hessischen Ausschreibungsdatenbank zur Verfügung gestellt. **Nachfolgend werden die Bewerbungsbedingungen zur Abgabe eines elektronischen Angebotes („eVergabe“) aufgeführt.** Informationen zur Abgabe eines schriftlichen Angebotes sind den eigens hierzu erstellten Bewerbungsbedingungen zu entnehmen.

Die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Angaben beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die männliche als auch die weibliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Sofern nachstehend in den Vergabeunterlagen nichts anderes angegeben ist...

- bezeichnet der Begriff „Auftraggeber“ die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AÖR) – Kommunales Jobcenter;
- bezeichnet der Begriff „Vergabestelle“ die zuständige Organisationseinheit des Auftraggebers (Rechts- und Vergabestelle);
- bezeichnet der Begriff „Angebotsstelle“ die Auftragsberatungsstelle Hessen e. V., die wiederum die e-Vergabe-Plattform der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) betreibt;
- meint der Begriff „Auftragnehmer“ denjenigen Bieter, der den Zuschlag auf sein Angebot im Rahmen des Vergabeverfahrens und des jeweiligen Loses erhalten hat;
- umfasst der Begriff „Bieter“ sowohl den Einzelbieter als auch die Bietergemeinschaften. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die zusätzliche Bezeichnung „Bietergemeinschaft“ nach Möglichkeit verzichtet.
- bezeichnet der Begriff „Bieter“ im Zusammenhang mit dem elektronischen Vergabeverfahren („eVergabe“) den Teilnehmer auf der eVergabe-Plattform, der das Angebot hochlädt.

Die Vergabeunterlagen setzen sich hier (Los Dreieich) aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- Aufforderung Angebotsabgabe National,
- Information zur Datenverarbeitung im Rahmen des Vergabeverfahrens (Art. 13 DSGVO),
- Datei A Bewerbungsbedingungen eVergabe Los Dreieich;
- Datei A Bewerbungsbedingungen schriftliche Angebotsabgabe Los Dreieich (s. o.),
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe A,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich– Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe B,

- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe C,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe D,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich– Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe E,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe F,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe S,
- Datei C Vertragsbedingungen Los Dreieich,
- die Dateien:
  - Datei D.1 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen - Los Dreieich,
  - Datei D.2 Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt – Los Dreieich,
  - Datei D.3 Referenzliste – Los Dreieich,
- Datei E Informationsblatt Los Dreieich,
- Angebotsschreiben,
- Leistungsverzeichnis Los Dreieich.

Im Falle einer Teilnahme am eVergabe-Verfahren (Abgabe eines elektronischen Angebots) hat die Angebotsabgabe ausschließlich über die eVergabe-Plattform der Hessischen Ausschreibungsdatenbank zu erfolgen. Um an dem eVergabe-Verfahren teilnehmen zu können (insbesondere um Angebote abzugeben) muss die Teilnahme bei der Angebotsstelle beantragt werden. Die Angebotsstelle stellt eine Softwarekomponente „Bietercockpit“ bereit, die zur Angebotsabgabe zu verwenden ist. Das „Bietercockpit“ verschlüsselt das elektronische Angebot und ermöglicht die elektronische Übermittlung an die Angebotsstelle. Erst nach Ablauf der Angebotsfrist wird das elektronische Angebot von der Angebotsstelle an den Auftraggeber übermittelt.

Allgemeine Ausführungen zum Bietercockpit sind erhältlich unter:

<https://www.absthessen.de/ehad-bieter-software.html>

Technische Angaben zum Bietercockpit sind folgender Broschüre zu entnehmen:

[https://www.absthessen.de/pdf/broschuere\\_bietercockpit-8.pdf](https://www.absthessen.de/pdf/broschuere_bietercockpit-8.pdf)

## **A.1 Angebotsabgabe, Ansprechpartner, Fristen**

Vergabestelle und Ansprechpartner des Bieters ist grundsätzlich die zuständige Organisationseinheit des Auftraggebers: Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter, Rechts- und Vergabestelle, Max-Planck-Straße 1-3, 63303 Dreieich.

Die Angebote werden an eine von der Vergabestelle unabhängige Angebotsstelle übermittelt (Auftragsberatungsstelle Hessen e. V.: eVergabe-Plattform der Hessischen Ausschreibungsdatenbank). Gleiches gilt für etwaige Änderungen, Berichtigungen und/oder Rücknahme von Angeboten.

Bei einer elektronischen Angebotsabgabe ist ausschließlich die elektronische Übermittlung des Angebots über Nutzung der eVergabe-Plattform mittels des „Bietercockpit“ zugelassen. Vorbehaltlich der Abgabe von schriftlichen Angeboten (vgl. hierzu die entsprechenden Bewerbungsbedingungen) werden andere elektronische Angebote, die auf anderem Wege als über die eVergabe-Plattform wie z. B. per Telefax oder per E-Mail zugestellt oder übermittelt werden, werden ausgeschlossen.

Die jeweils gültigen Allgemeinen Nutzungs- und Geschäftsbedingungen der eVergabe-Plattform (insbesondere die Nutzungsvoraussetzungen für Bieter) sind zu beachten.

### **Angebote müssen bis zum Ablauf der Angebotsfrist**

**am Freitag, den 08.02.2019, um 12:00 Uhr**

#### **bei der vorgenannten Angebotsstelle vollständig übermittelt (hochgeladen) sein.**

Mit jedem Hochladen mittels des „Bietercockpit“ wird ein neues Angebot abgegeben. Nach dem Eingang des Angebotes wird es mit einem elektronischen Zeitstempel versehen. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist dieser Zeitstempel maßgebend.

Nicht rechtzeitig bei der Angebotsstelle eingegangene Angebote werden ausgeschlossen.

Verlangt wird die elektronische Übermittlung eines Angebotes in Textform nach § 126b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Danach muss es sich um eine lesbare Erklärung handeln, in der die Person des Erklärenden genannt ist und die auf einem dauerhaften Datenträger gespeichert werden kann. Durch das Hochladen des Angebotes über das „Bietercockpit“ werden diese Anforderungen erfüllt.

Für die Bearbeitung der Vergabeunterlagen und die Erstellung des Angebotes wird **keine Entschädigung** gewährt.

**Nebenangebote** sind unzulässig.

Mit Angebotsabgabe ist der Bieter an sein Angebot gebunden, sofern er es nicht bis zum Ablauf der Angebotsfrist schriftlich zurücknimmt.

Eine Rücknahme eines Angebotes kann mittels des „Bietercockpit“ in der dortigen Ansicht mit dem Workflow „Angebot zurückziehen“ erfolgen. Auch hinsichtlich der Rechtzeitigkeit der Rücknahme ist der elektronische Zeitstempel maßgeblich.

**Änderungen, Ergänzungen** oder **Berichtigungen** der Angebote sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig.

Änderungen, Ergänzungen oder Berichtigungen des Angebots sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist nur durch Abgabe eines neuen, zeitlich später eingehenden Angebotes zulässig. Maßgebend für die zeitliche Reihenfolge des Eingangs ist der elektronische Zeitstempel. Mit dem neuen Angebot gilt das vorhergehende Angebot als zurückgenommen. Auch für das neue Angebot gelten alle Bestimmungen dieser Vergabeunterlagen zur Abgabe von Angeboten (vgl. Punkt A.5 zu Aufbau, Form und Inhalt des Angebotes).

Als **Ende der Zuschlags- und Bindefrist wird der 15.02.2019** festgelegt.

## **A.2 Einzelbieter, Bietergemeinschaften und Subunternehmer**

Die Angebotsabgabe ist durch Einzelbieter und Bietergemeinschaften zulässig.

**Bietergemeinschaften** haben einen Bevollmächtigten zur Angebotsabgabe und Vertragsdurchführung zu benennen. Angebote von Bietergemeinschaften werden nur berücksichtigt, soweit sie durch den Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft abgegeben wurden. Es gibt keine Vorgaben über die Rechtsform der Bietergemeinschaft. Die Bildung bzw. Änderung einer Bietergemeinschaft (z. B.: Erweiterung, Austausch von Mitgliedern, Wegfall von Mitgliedern) nach Ablauf der Angebotsfrist ist nicht zulässig.

Es ist unzulässig, als Mitglied einer Bietergemeinschaft **und** gleichzeitig als Einzelbieter anzubieten. Ein solches Angebotsverhalten (unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede) kann gemäß §§ 31, 42 der Untenschwellenvergabeordnung (UVgO) i. V. m. § 124 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zum Ausschluss beider Angebote führen. Gleiches gilt für den Fall, dass sich ein Bieter an verschiedenen Bietergemeinschaften beteiligt.

Darüber hinaus ist die Einschaltung von Nachunternehmern / Subunternehmern zulässig.

An dieser Stelle wird auf die allgemeine Definition eines Subunternehmers verwiesen: ein Subunternehmer erbringt in der Regel aufgrund eines Werkvertrages oder Dienstvertrages im Auftrag eines anderen Unternehmers (Hauptunternehmer) einen Teil oder die ganze vom Hauptunternehmer gegenüber dessen Auftraggeber geschuldete Leistung. Daher fallen auch „Honorarkräfte“ oder „freie Mitarbeiter“ des Bieters bzw. der Mitglieder der Bietergemeinschaft, die nicht im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses gegenüber dem Bieter oder dem Mitglied der Bietergemeinschaft weisungsgebunden sind, unter diese Definition.

Der Bieter/ Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft hat im Falle einer solchen Einschaltung von Nachunternehmern / Subunternehmern unaufgefordert zu erklären, inwieweit die Einschaltung von Subunternehmern bei der Vertragsausführung vorgesehen ist.

Sofern sich der Bieter/ die Bietergemeinschaft bei der Ausführung der Leistung/ von Leistungsteilen der Fähigkeiten/ Ressourcen eines/mehrerer Nachunternehmer/Subunternehmer bedienen will, sind daher im Rahmen des Angebotsschreibens (vgl. auch **Punkt A.5**) diese abschließend zu benennen sowie Art und Umfang der von ihnen jeweils auszuführenden Leistungen bzw. Leistungsteile anzugeben. Hinsichtlich der Anforderungen an die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen wird insoweit auf **Punkt A.3** verwiesen.

Der Bieter/ die Bietergemeinschaft verpflichtet sich, auf Anforderung des Auftraggebers innerhalb einer gesetzten Frist darzulegen und ggf. nachzuweisen, dass ihm/ ihr die erforderlichen Fähigkeiten/ Ressourcen der benannten Subunternehmer im Auftragsfall zur Verfügung stehen. Der Nachweis kann insbesondere durch Vorlage einer Erklärung des Subunternehmers erbracht werden, aus der die vorgesehene Leistung bzw. der vorgesehene Leistungsbestandteil hervorgeht, zu deren/ zu dessen Durchführung sich der Subunternehmer gegenüber dem Bieter/ der Bietergemeinschaft verpflichtet.

Nachträgliche Änderungen der in den o. g. Vordrucken abgegebenen Erklärungen sowie der weiteren vorgenannten Erläuterungen und Erklärungen sind bis zur Zuschlagserteilung nicht mehr zulässig.

### **A.3 Darlegung der Bietereignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen**

Der Zuschlag darf nur an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Bieter erteilt werden, die nicht nach § 31 UVgO i. V. m. §§ 123, 124 GWB ausgeschlossen worden sind. Daher hat der Bieter in der **Datei D.1** Angaben und Erklärungen

- zu (zwingenden und fakultativen) Ausschlussgründen und
- zur wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

zu machen bzw. abzugeben.

#### **A.3.1 Eignungskriterien**

Als Beleg der **beruflichen Leistungsfähigkeit** sind in der Datei **D.3** geeignete Referenzen über früher ausgeführte Aufträge oder entsprechende Erfahrungen des Personals anzugeben. Der Nachweis ist erbracht, wenn mindestens zwei **vergleichbare Leistungen (Reinigung von Büroflächen in einem Objekt mit einer Jahres-Reinigungsfläche von mehr als 250.000 qm)** innerhalb der letzten drei Jahre ausgeführt wurden oder das mit der Angebotserstellung und/oder der Ausführung bzw. der Leitung der Ausführung befasste Personal die zu vergebende und/oder eine vergleichbare Leistung bereits ausgeführt hat.

Der Bieter/ Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft hat eine entsprechende Erklärung abzugeben, sofern die Einschaltung von Nachunternehmern / Subunternehmern bei der Vertragsausführung vorgesehen ist. Der Bieter/Die Bietergemeinschaft, der/die nicht selbst über die erforderliche Leistungsfähigkeit nach den festgelegten Eignungskriterien verfügt, kann hinsichtlich der ihm/ihr fehlenden eigenen Leistungsfähigkeit auf die Fähigkeiten/Ressourcen von anderen Unternehmen (Nachunternehmern/Subunternehmern) zurückgreifen, um die entsprechenden Eignungskriterien zu erfüllen.

Unternehmen haben auf Anforderung des Auftraggebers als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot die in der Auftragsbekanntmachung angegebenen und unter Teil D ausgewiesenen Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) vorzulegen.

Bei der späteren Wertung der Angebote findet eine Berücksichtigung der bereits festgestellten Eignung nicht mehr statt. Die fehlende Eignung einer Bietergemeinschaft führt ebenso wie die fehlende Eignung eines Bieters zum Ausschluss des Angebotes.

### **A.3.2 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**

Die Abgabe der in der **Datei D.1** vorgesehenen Erklärungen stellt einen Beleg für das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe (§ 31 UVgO i. V. m. §§ 123, 124 GWB) dar. Falls der Bieter eine oder mehrere der in der **Datei D.1** vorgesehenen Erklärungen nicht wie gefordert abgegeben kann, hat er weitere Angaben zu machen bzw. Erläuterungen vorzunehmen. Hinsichtlich der näheren Anforderungen wird auf die einleitenden Ausführungen in der Datei D.1 verwiesen.

Der Auftraggeber (Vergabestelle) kann einen Bieter / eine Bietergemeinschaft von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausschließen, wenn der Bieter / ein Mitglied der Bietergemeinschaft eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (§ 31 UVgO i. V. m. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB).

Das betroffene Unternehmen wird bei Vorliegen eines solchen Grundes vor der Entscheidung über seinen Ausschluss angehört. Unter Angabe der maßgeblichen Pflichtverletzungen aus bestehenden oder früheren Vertragsverhältnissen erhält es die Gelegenheit innerhalb der gesetzten Antwortfrist schriftlich darzulegen, welche Maßnahmen zur Selbstreinigung zwischenzeitlich getroffen wurden, um weitere Pflichtverletzungen zu vermeiden. Der Auftraggeber schließt einen Bieter / eine Bietergemeinschaft, bei dem ein Ausschlussgrund vorliegt, nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren aus, wenn der Bieter / das Mitglied der Bietergemeinschaft ausreichende Maßnahmen zur Selbstreinigung seines Unternehmens nachgewiesen hat. Der Auftraggeber bewertet die von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigt dabei die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens.

Erachtet der Auftraggeber die Selbstreinigungsmaßnahmen als unzureichend, so begründet er diese Entscheidung gegenüber dem betroffenen Unternehmen. Bei Nichtberücksichtigung des Angebotes einer Bietergemeinschaft wegen des Ausschlusses eines ihrer einfachen Mitglieder, wird der Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft zeitgleich schriftlich darüber informiert.

Diese Voraussetzungen (Nichtvorliegen von Ausschlussgründen oder Nachweis ausreichender Selbstreinigungsmaßnahmen) müssen vom Bieter/von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft erfüllt werden; andernfalls wird das Angebot ausgeschlossen.

Vorsorglich wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber (Vergabestelle) für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung einholt.

#### **A.4 Aufteilung der Leistung**

**Die Leistung wird in zwei (2) Losen vergeben**, wobei die Leistungen wie folgt unterteilt werden:

**Los Dreieich:** Reinigung der Bürogebäude  
„Max-Planck-Straße 1-3“ und  
„Im Gefierth 11a“,  
63303 Dreieich;

**Los Dietzenbach:** Reinigung der Bürogebäude  
„Albert-Einstein-Straße 26“ (Forum I) und  
„Albert-Einstein-Straße 30-32“ (Forum II),  
63128 Dietzenbach.

Der Auftraggeber hat für die beiden Lose u. a. getrennte Leistungsbeschreibungen und Raumverzeichnisse erstellt. Der konkrete Umfang ergibt sich aus der jeweiligen Leistungsbeschreibung bzw. dem jeweiligen Raumverzeichnis und auch aus dem als Teil E der Vergabeunterlagen beigefügten Informationsblatt.

**Der Bieter hat das einschlägige Los Dreieich oder Los Dietzenbach auszuwählen. Näheres ist Punkt A.5 zu entnehmen.**

**Ein Bieter darf auch Angebote zu beiden Losen abgeben; in diesem Fall sind jedoch getrennte Angebote (vgl. Punkt A.5) unter Beachtung der weiteren Vorgaben an die ordnungsgemäße Einreichung der Angebote (vgl. A.1) bei der Angebotsstelle einzureichen.**

## A.5 Aufbau, Form und Inhalt des Angebotes

Grundlage für die Erstellung des Angebotes sind ausschließlich diese Vergabeunterlagen in der aktuellsten über die eVergabe-Plattform bereitgestellten Version. Die vorgegebenen Dateien sind zu verwenden. Eine Nichtverwendung oder Änderung – außerhalb der Angaben, die vom Bieter in den dafür vorgesehenen Eingabefeldern vorzunehmen sind – führt zum Ausschluss.

Die nachfolgenden Unterlagen zum Los „Dreieich“ werden in diesem Vergabeverfahren zur Erstellung des Angebotes und zur Information der Bieter zur Verfügung gestellt. Daher können die nachfolgenden Unterlagen beim Bieter verbleiben und brauchen im Falle der elektronischen Angebotsabgabe **nicht** eingereicht / übermittelt zu werden:

- Aufforderung Angebotsabgabe National,
- Information zur Datenverarbeitung im Rahmen des Vergabeverfahrens (Art. 13 DSGVO),
- Datei A Bewerbungsbedingungen eVergabe Los Dreieich,
- Datei A Bewerbungsbedingungen schriftliche Angebotsabgabe Los Dreieich,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe A,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich– Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe B,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe C,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe D,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich– Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe E,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe F,
- Datei B Leistungsbeschreibung Los Dreieich – Anlage Raumverzeichnis Reinigungsgruppe S,
- Datei C Vertragsbedingungen Los Dreieich (*bitte Punkt A.9 beachten*),
- Datei E Informationsblatt (Los Dreieich)

Folgende Unterlagen zum Los „Dreieich“ sind in elektronischer Form dem Angebot beizufügen:

- Angebotsschreiben,
- Leistungsverzeichnis Los Dreieich,
- die Dateien:
  - Datei D.1 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Los Dreieich,
  - Datei D.2 Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt Los Dreieich,
  - Datei D.3 Referenzliste Los Dreieich.

Im Zusammenhang mit der Datei D.2 wird der Bieter darauf hingewiesen, dass die Vorschriften des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) einzuhalten sind. Der Umfang der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ist der **Datei D.2** zu entnehmen. Der Bieter hat diese Verpflichtungserklärung zu unterschreiben und seinem Angebot beizufügen. Die Verpflichtungserklärung wird zum Bestandteil des Angebotes.

Angebote auf der Grundlage der Geschäftsbedingungen des Bieters werden ausgeschlossen. Das Angebot und sonstiger Schriftverkehr sind in deutscher Sprache abzufassen. Der Bieter erklärt sich bereit, im Bedarfsfall sein Angebot bei der Vergabestelle im angemessenen Umfang kostenfrei zu erläutern.

Das Angebot ist in Dateiform einzureichen und besteht – wie oben dargelegt – aus mehreren Dateien:

#### 1. Datei Angebotsschreiben

Neben der Bezeichnung des Bieters (z. B. bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften durch den Firmennamen entsprechend dem Registereintrag) ist in der Datei Angebotsschreiben die natürliche Person zu benennen, die als zuständige/r Bearbeiter/in das Angebot für den Bieter abgibt.

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die natürliche Person zu benennen, die für das bevollmächtigte Mitglied der Bietergemeinschaft handelt und die Angebotsbindung im Namen und Auftrag der Bietergemeinschaft erklärt. Für die anderen Mitglieder der Bietergemeinschaft und Unterauftragnehmer ist das Ausfüllen und Übermitteln der Datei Angebotsschreiben nicht erforderlich und zulässig. Die Datei Angebotsschreiben ist folglich dem Angebot nur einmal beizufügen.

## 2. Datei D.1 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Die Datei D.1 ist unausgefüllt dem Angebot beizufügen. Die Datei wird durch Übermittlung zum Angebotsbestandteil. Es wird seitens des Bieters zugesichert, dass Wortlaut und Umfang der Erklärung zutreffen.

Falls der Bieter eine oder mehrere der in der Datei D.1 vorgesehenen Erklärungen nicht wie gefordert abgegeben kann, hat er weitere Angaben zu machen bzw. Erläuterungen vorzunehmen.

## 3. Datei D.2 Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt

Die Datei D.2 ist unausgefüllt dem Angebot beizufügen. Die Datei wird durch Übermittlung zum Angebotsbestandteil. Es wird seitens des Bieters zugesichert, dass Wortlaut und Umfang der Erklärung zutreffen.

## 4. Datei D.3 Referenzliste

Es wird darum gebeten, sämtliche horizontalen Felder/Spalten auszufüllen. Es wird um Angaben zu mindestens zwei vergleichbaren Leistungen (vgl. unter Punkt A.3) gebeten. Es steht den Bietern frei, auch eine dritte Referenzleistung anzugeben.

Die Erklärungen werden zugleich zum Bestandteil des Angebotes.

Die jeweilige Datei ist nach der Bearbeitung in ein elektronisches Dokument zu überführen bzw. das angebotene Format der Dateien (\*.pdf) ist zur Angebotsabgabe beizubehalten. Eine Ausnahme gilt für mögliche Ergänzungen und Erläuterungen zur Datei D.1, sofern der Bieter die Erklärung nicht (vollständig) wie gefordert abgeben kann. In diesem Fall sind solche Ergänzungen und Erläuterungen zur Datei D.1 in einem elektronisch allgemein lesbaren Format zu übermitteln (z. B. \*.txt, \*.docx, oder \*.pdf).

Im Falle einer Bietergemeinschaft hat das bevollmächtigte Mitglied der Bietergemeinschaft als Anlage zum Angebotsschreiben eine Erläuterung zur Zusammensetzung und zur Verteilung der Aufgaben zwischen den Mitgliedern der Bietergemeinschaft einzureichen. Diese Erläuterung ist in einem elektronisch allgemein lesbaren Format zu übermitteln (z. B. \*.txt, \*.docx, oder \*.pdf).

Sofern sich der Bieter/ die Bietergemeinschaft bei der Ausführung der Leistung/ von Leistungsteilen der Fähigkeiten/ Ressourcen eines/mehrerer Nachunternehmer/s / Subunternehmer/s bedienen will, ist als Anlage zum Angebotsschreiben eine Erklärung abzugeben, in der diese Nachunternehmer / Subunternehmer abschließend zu benennen sowie Art und Umfang der von ihnen jeweils auszuführenden Leistungen bzw. Leistungsteile anzugeben sind. Diese Erklärung ist in einem elektronisch allgemein lesbaren Format zu übermitteln (z. B. \*.txt, \*.docx, oder \*.pdf).

Im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe erfolgen folgende weitere Hinweise und Regelungen:

Das Angebot muss die Preise und alle sonstigen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Auf die Möglichkeit der Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen (§ 41 UVgO) wird verwiesen. Ein Anspruch des Bieters auf Nachforderung besteht nicht. Von der vorgenannten ausnahmsweisen Nachforderung abgesehen, werden **unvollständige Angebote sowie Angebote auf der Grundlage der Geschäftsbedingungen des Bieters ausgeschlossen** (vgl. § 42 UVgO).

Auf die Regelungen unter Punkt A.8 wird ausdrücklich verwiesen.

Der Bieter erklärt sich bereit, im Bedarfsfall sein Angebot gegenüber dem Auftraggeber im angemessenen Umfang kostenfrei zu erläutern.

#### **A.6 Ortsbegehung, Pläne**

Vorausgeschickt wird, dass der Auftraggeber **keinen zwingenden Besichtigungstermin (Ortsbegehung)** vorsieht. Ein Angebot darf also unabhängig von der Teilnahme an der Ortsbegehung abgegeben werden.

Im Rahmen dieses Verfahrens wird den Bietern jedoch die Möglichkeit einer Ortsbegehung verschafft.

Die Räumlichkeiten können während der Angebotsfrist an folgenden Terminen besichtigt werden:

Los Dreieich

- Donnerstag, 24.01.2018, 16:00 Uhr bis 16:45 Uhr;
- Dienstag, 29.01.2018, 16:00 Uhr bis 16:45 Uhr.

Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. Im Sinne der Hausordnung werden die Interessenten jedoch darum gebeten, sich am jeweiligen Termin an folgendem Treffpunkt einzufinden:

Los Dreieich

- Eingang „Max-Planck-Straße 1-3“, Erdgeschoss

Es wird um Verständnis gebeten, dass eine Besichtigung aus dienstlichen und rechtlichen Gründen ausschließlich im Rahmen bzw. während der vorgenannten Besichtigungstermine stattfinden soll. Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen des jeweils Besichtigungstermins weitere Vorgaben zur Durchführung zu machen (z. B. Besichtigung der Räumlichkeiten in einer gemeinsamen Gruppe oder in mehreren Gruppen, Sperrung einzelner Bereiche, Flächen oder Räume aus Sicherheits- oder Datenschutzgründen).

Es wird ferner um Verständnis gebeten, dass vertiefende Auskünfte des Auftraggebers zu den Einzelheiten der Leistungsbeschreibung während des Besichtigungstermins nicht erteilt werden können. Entsprechende Anfragen der Bieter sind ausschließlich schriftlich oder per Telefax an den Auftraggeber zu richten; auf Punkt A.7 der Vergabeunterlagen wird verwiesen.

### A.7 Bieterfragen

Der Auftraggeber stellt die Unterlagen in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) zur Ansicht und zum Download zur Verfügung.

Um an dem eVergabe-Verfahren teilnehmen zu können (insbesondere um Angebote abzugeben) muss die Teilnahme bei der Angebotsstelle beantragt werden. Nur wer die Teilnahme an dem Vergabeverfahren beantragt hat, wird über etwaige Änderungen der Vergabeunterlagen aktiv informiert und kann Bieterfragen zum Verfahren stellen bzw. die Antworten hierzu erhalten.

Sollten im Rahmen der Angebotserstellung **leistungsbezogene oder verfahrensrechtliche Fragen** entstehen, deren Beantwortung sich nicht aus den Vergabeunterlagen erschließt, können diese Fragen, können längstens bis zum Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die eVergabe-Plattform mittels des „Bietercockpits“ übermittelt werden. Anfragen sind entsprechend mittels der Funktion „Bieterfrage stellen“ im Rahmen des „Bietercockpits“ zu übermitteln.

Sollten im Rahmen der Angebotserstellung **leistungsbezogene oder verfahrensrechtliche Fragen** entstehen, deren Beantwortung sich nicht aus den Vergabeunterlagen erschließt, können diese Fragen alternativ **längstens bis zum Ablauf der Angebotsfrist schriftlich oder per E-Mail (vergabestelle@proarbeit-kreis-of.de)** an die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter, Rechts- und Vergabestelle, Max-Planck-Straße 1-3, 63303 Dreieich, zur Beantwortung gestellt werden.

In jedem Falle sollen im Interesse der Bieter auftretende Fragen unverzüglich mitgeteilt bzw. übermittelt werden, damit den Bietern ausreichend Zeit bleibt, die Antworten bei der Angebotserstellung zu berücksichtigen.

Die Antworten werden zum Bestandteil der Leistungsbeschreibung. Außerdem werden im Fragen-/ Antwortenkatalog bei Bedarf Änderungen, Ergänzungen sowie Hinweise des Auftraggebers zum Vergabeverfahren bekannt gegeben.

Antworten auf mögliche Fragen der Bieter, Änderungen, Ergänzungen sowie Hinweise der Vergabestelle werden daher in einem Fragen-/Antwortenkatalog über das „Bietercockpit“ der e-Vergabe-Plattform kommuniziert. Zudem wird der Fragen-/Antwortenkatalog auf der Homepage des Auftraggebers (<http://www.proarbeit-kreis-of.de>) unter dem Punkt „Ausschreibungen“ veröffentlicht.

Wenn die Vergabeunterlagen geändert oder ergänzt werden müssen, wird eine neue Version der Vergabeunterlagen einschließlich des Fragen-/Antwortenkataloges auf der e-Vergabe-Plattform veröffentlicht. Unternehmen, die (noch) nicht am Vergabeverfahren angemeldet sind, haben sich dort über mögliche Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen oder zusätzliche Informationen eigenständig zu informieren.

Die sonstige Kommunikation (z.B. Anfragen zur Aufklärung über das Angebot oder die Bieterernennung, Kalkulationsanforderungen) zwischen Vergabestelle/Auftraggeber und Bieter bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist findet elektronisch über die eVergabe-Plattform statt. Die Anfragen der Vergabestelle werden dem Bieter über die Vergabeplattform mittels des „Bietercockpit“ zugestellt. Soweit eine entsprechende Anforderung durch die Vergabestelle erfolgt, sind Dateien in den „Bietercockpit“ zu importieren. Als Dateiformat sind elektronisch allgemein lesbare Formate zu verwenden (z. B. \*.txt, \*.docx, \*.pdf, \*.tif).

Fragen zum „Bietercockpit“ und andere technische Fragen sind an die eVergabe-Plattform, d. h. an die Auftragsberatungsstelle Hessen e. V., Telefon: 0611-974588-0, zu richten.

## **A.8 Prüfung der Angebote und Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes**

Es gelangen nur diejenigen Angebote in die Prüfung und Wertung, die sämtliche Anforderungen nach diesen Vergabeunterlagen erfüllen.

Für die beiden Lose erfolgt eine getrennte Auswahlentscheidung (Zuschlag).

Auszuwählen ist das Angebot, das unter Berücksichtigung aller Umstände (für das jeweilige Los) am wirtschaftlichsten ist.

Entscheidend ist der niedrigste Preis.

Die preisliche Bewertung erfolgt auf Grundlage des im „Angebotsschreiben“ eingetragenen Angebotspreises. Darüber hinaus wird ausdrücklich auf das Leistungsverzeichnis verwiesen.

Ergänzend weist der Auftraggeber ohne Anerkennung einer Rechtspflicht auf das dazugehörige Leistungsverzeichnis und auf folgende Punkte hin:

Der Angebotspreis ergibt sich unter Berücksichtigung des sog. Stundenverrechnungssatzes, der voraussichtlichen Reinigungsleistung pro Stunde (Leistungswert in Quadratmeter/m<sup>2</sup> pro Stunde/h) und dem daraus folgenden Zeitaufwand während des Vertragszeitraums.

Der Stundenverrechnungssatz setzt sich insbesondere aus dem vereinbarten Lohn, den Zuschlägen für Sozialversicherungsanteile/-abgaben und lohngebundene Kosten, Gemeinkosten und sonstigen Kosten zzgl. eines Aufschlags für Risiko und Gewinn zusammen.

Während des Vertragszeitraums gilt die vereinbarte Vergütung, die u. a. auf der Basis der zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen Tarifverträge bzw. derjenigen Rahmenbedingungen kalkuliert wurde, die nach den §§ 7 oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung (hier: Gebäudereinigungsdienstleistungen) verordnet worden sind. Es gelten die in der Leistungsbeschreibung und in den Vertragsbedingungen enthaltenen Regelungen (Lohngleitklausel). Nähere Informationen sind der Leistungsbeschreibung und den Vertragsbedingungen zu entnehmen.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass die Löhne für die Lohngruppe 1 (u. a. Innen- und Unterhaltsreinigung) auf der Grundlage der Sechsten Gebäudereinigungsarbeitsbedingungenverordnung (7. GebäudeArbbV) vom 21.02.2018 i. V. m. den Rechtsnormen des Tarifvertrags zur Regelung der Mindestlöhne für gewerbliche Arbeitnehmer in der Gebäudereinigung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (TV Mindestlohn) vom 10.11.2017 zuletzt

- mit Wirkung **ab dem 01.01.2019 auf 10,56 Euro pro Stunde** und
- mit Wirkung **ab dem 01.01.2020 auf 10,80 Euro pro Stunde**

festgelegt wurden.

Der Auftraggeber unterstellt, dass der vom Bieter angebotene Lohn unter Berücksichtigung der künftigen Vorgaben zum Mindestlohn für gewerbliche Arbeitnehmer in der Gebäudereinigung auskömmlich sein wird. Im Rahmen des Vergabeverfahrens kann der Bieter nach Abgabe des Angebotes darüber hinaus nicht mehr nachträglich geltend machen, seiner Kalkulation einen zu niedrigen Lohn zugrunde gelegt zu haben.

Hinsichtlich der angebotenen Leistungswerte des Bieters hat der Auftraggeber in der jeweiligen „Anlage Raumverzeichnis“ sowie im Informationsblatt (Datei E) Richtwerte für die jeweiligen Reinigungsgruppen hinterlegt. Diese Richtwerte ergeben sich aus dem „Leitfaden zur nachhaltigen Beschaffung von Reinigungsleistungen“ des Landes Hessen bzw. den „Empfehlungen zur Ermittlung von Leistungszahlen in der Gebäudereinigung“ der RAL Gütegemeinschaft Gebäudereinigung e. V. in Zusammenarbeit mit der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Bei einer Überschreitung der Richtwerte verweist der Auftraggeber ausdrücklich darauf, dass die mögliche Schlüssigkeit und Auskömmlichkeit gemäß § 44 UVgO im Wege der Angebotsaufklärung durch Probereinigungsarbeiten des Bieters in den Räumen des Auftraggebers (für den Auftraggeber kostenfrei) geprüft werden kann.

Eine nachträgliche Preisverhandlung ist ausgeschlossen.

### **A.9 Zuschlagserteilung/ Vertragsabschluss**

Der Zuschlag wird bei elektronisch abgegebenen Angeboten durch die Vergabestelle elektronisch über das Bietercockpit in Textform gemäß § 126b BGB erteilt. Die Bindefrist für das Angebot ist identisch mit der Zuschlagsfrist. Der Bieter ist also bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist an sein Angebot gebunden.

Wird bis zum Ablauf der Frist kein Zuschlag erteilt, gilt das Angebot als nicht berücksichtigt. Der Auftraggeber – Vergabestelle – unterrichtet den Bieter unverzüglich über die erfolgte Zuschlagserteilung (§ 46 Abs. 1 Satz 2 UVgO). Die Vergabestelle teilt zudem jedem erfolglosen Bieter, der einen entsprechenden Antrag gestellt hat, nach Zuschlagserteilung die Gründe für die Ablehnung seines Angebotes mit (§ 46 Abs. 1 Satz 3 UVgO).

Wird der Zuschlag rechtzeitig und ohne Änderung erteilt, ist der Vertrag mit Zuschlagserteilung zu den Vorgaben dieses Verfahrens auf der Grundlage des Angebotes rechtskräftig zustande gekommen. Dies gilt unbeschadet einer späteren schriftlichen Festlegung in Form einer Vertragsurkunde.

### **A.10 Schutzrechte**

Im Angebot ist anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebotes gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind oder erwogen werden (vgl. § 38 Abs. 11 UVgO).

### **A.11 Kenntlichmachung der Fabrikations-, Betriebs-, Geschäftsgeheimnisse in den Angebotsunterlagen**

Nach den gesetzlichen Vorschriften haben die Verfahrensbeteiligten u. U. Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Einsicht in die Unterlagen ist zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, etwa zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, geboten ist. Jeder Beteiligte hat mit der Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend deutlich kenntlich zu machen. Fehlt eine deutliche Kenntlichmachung, ist von der Zustimmung des Bieters zur Einsichtnahme auszugehen.